

Kundgebung im Landkreis Schaumburg

Schaumburger kämpfen gegen die Demontage der IGS



Fotos: Richard Wilmers

Schülerinnen und Schüler der IGS Schaumburg fordern eine schülergerechte Schulpolitik und lehnen die Schulzeitverkürzung für Integrierte Gesamtschulen ganz entschieden ab.

Rund 150 Schaumburger kamen am Freitag, den 24. April nachmittags auf dem Stadthäger Marktplatz zusammen, um gegen die Schul- und Bildungspolitik der CDU/FDP - Landesregierung zu protestieren. Aufgerufen hatten der GEW- Kreisverband Schaumburg und die Schaumburger Initiative „Keine Demontage der Gesamtschulen“.

Zu Beginn der Protestaktion verurteilte Richard Wilmers, der die Veranstaltung moderierte, die Schul- und Bildungspolitik der Landesregierung. „Die Landesregierung nennt die geplanten Maßnahmen zur Sicherung des Unterrichts „Vorfahrt für Bildung“, ich nenne diese Maßnahmen „Notstandspaket“ rief Wilmers unter dem Beifall der Kundgebungsteilnehmer aus. Seine Botschaft: „Alle geplanten Maßnahmen gehen zu Lasten der Lehrkräfte und der Unterrichtsqualität. Deshalb lehnen wir dieses Notstandspaket ganz entschieden ab und sagen: Die Unterrichtsversorgung kann nur durch die Einstellung von neuen und zusätzlichen Lehrkräften gewährleistet werden“.

Richard Wilmers, ehemaliger Schulleiter der IGS Schaumburg und ehemaliger Landesvorsitzender der GEW, lehnte auch die geplante Schulzeitverkürzung für Integrierte Gesamtschulen vehement ab. „Entweder versteht die Landesregierung das System der IGS nicht oder sie will ganz vorsätzlich und bewusst diese Schulform demontieren“.

Das sah Burkhard Witte, Vorsitzender des Schulelternrates an der IGS Schaumburg, genauso. „Die IGS hat oft genug gezeigt, dass sie hervorragende Arbeit leistet und Erfolg hat“. Die vielen Auszeichnungen und die hervorragenden Abschlussquoten zeigten über-

zeugend, dass diese Schulform sich national und international bestens bewährt habe. Witte sagte unter Beifall: „Die Beschlüsse der Landesregierung gegen die IGS sind nicht demokratisch geprägt, sondern ausschließlich ideologisch, weil ihr die Akzeptanz dieser sehr nachgefragten Schulform nicht passt“!

Auch die IGS-SchülerInnen aus Stadthagen kritisierten die geplante Einführung des Turboabiturs an Gesamtschulen. Fenja Pennewitz, Judith Blatt, Malena Gräwer und Leonie Wahlmann warnten in ihren Redebeiträgen vor den äußerst negativen Auswirkungen. So würden die Stunden des gemeinsamen Unterrichts noch weiter reduziert, einige Fachangebote müssten für „potentielle Abiturienten“ gestrichen werden, das soziale Lernen würde nicht mehr so sein und der Grundgedanke des integrierten Unterrichts ad absurdum geführt. „Die Landesregierung trifft immer wieder Entscheidungen gegen den Schülerwillen“, bemängelten die SchülerInnen und erhielten große Zustimmung.

Für die vier Integrierten Gesamtschulen (so viele gibt es nach den Sommerferien in Schaumburg!) sprach Torsten Reinecke, Schulleiter der Haupt- und Realschule in Obernkirchen. Er zeigte sich enttäuscht darüber, dass die neuen Gesamtschulen mit immer neuen Erschwernissen belastet werden würden: „Fünfüzigigkeit, Halbtagschulen und nun die Schulzeitverkürzung, damit haben wir nicht gerechnet und das wollen wir auch nicht“, rief Reinecke aus und fand uneingeschränkte Zustimmung.

„Ihre Bildungspolitik ist keine Vorfahrt für Bildung“, stellte Bernd Wolf, stellvertretender Vorsitzender des Kreiselternrates fest. „Minis-

terpräsident Christian Wulff und Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann starten immer wieder Angriffe auf den Elternwillen“, prangerte Wolf an. Besonders kritisierte der Elternvertreter, dass die Bildungspolitik von Wulff und Heister-Neumann die bereits bestehende soziale Auslese im Bildungssystem noch weiter verschärfe. Scharf kritisierte der Elternvertreter, dass die CDU/FDP- Landesregierung den Gesetzentwurf zur „Zerstörung der Gesamtschulen“ im Eilverfahren ohne Beteiligungsmöglichkeiten der Betroffenen noch bis zur Sommerpause durchpeitschen will. „Die Politik von Ministerpräsident Wulff und seiner Kultusministerin wird nur noch von Ideologie angetrieben, mit Demokratie hat dieses Vorgehen nichts zu tun“.

Als Hauptredner trat Dr. Dieter Galas, ehemaliger Schulleiter der IGS Langenhagen und ebenfalls früherer Landesvorsitzender der GEW, ans Rednerpult und griff die jetzige Landesregierung scharf an. „Wir lassen uns unsere Gesamtschulen nicht kaputt machen, von niemandem und schon gar nicht von den Gesamtschulverbieter in der Landesregierung und den Regierungsfractionen im Niedersächsischen Landtag“, rief Galas aus und erntete volle Zustimmung. „Was haben sie nun gegen die Gesamtschulen, die Verbieter und Behinderer einer alternativen Schulentwicklung“, fragte Galas und lieferte gleich die Antwort: „Die erfolgreiche Arbeit der Gesamtschulen hebt ihr Welt- und Menschenbild aus und das haben sie nicht so gerne“. Galas sprach sich vehement für ein Integriertes Schulsystem aus. „Eine wissenschaftliche Begründung für das drei- und viergliederte Schulwesen kenne ich nicht und eine solche kann es auch nicht geben“, sagte Galas und sprach sich eindeutig für die gemeinsame Schule aus.

„Was hat das „gemeinsame Lernen“ an den Gesamtschulen mit der geplanten Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur zu tun?“, fragte Dieter Galas. „Ganz einfach: es zerstört den integrierten Sekundarbereich I der IGS“. Hier müsse dann eine Art Gymnasialzug eingerichtet werden, um auch die geforderten Stunden für die Anerkennung des späteren Abiturs zu erhalten.

Für Galas ist die Absicht der Gesamtschulgegner in Regierung und Parlament klar: „Sie haben registriert, dass sich überall im Lande Gesamtschulinitiativen bilden, dass Umfragen unter den Eltern der Grundschüler eine große Nachfrage nach Gesamtschulplätzen belegen, dass dabei auch der weniger stressbeladene Weg bis zur Hochschulreife die Gesamtschule attraktiv macht“. Diese Entwicklung solle nun gestoppt werden. „Klarer kann man den Elternwillen nicht ignorieren“. Dieter Galas, der bis zu seiner Pensionierung als Ministerialdirigent im Kultusministerium tätig war, rief am Schluss seiner engagierten Rede

dazu auf, dass die Forderungen nach einer vollen Unterrichtsversorgung und der Protest gegen die willkürliche Behandlung der Gesamtschulen nicht verstummen dürften.

Die Botschaften waren bei allen Rednern und Rednerinnen klar: Eine bessere Unterrichtsversorgung, ohne die Lehrkräfte zusätzlich zu belasten! Keine Demontage der Gesamtschulen in Niedersachsen!

Richard Wilmers dankte zum Schluss allen Rednerinnen und Rednern und forderte die Landesregierung auf, die geplanten Fehlentscheidungen zu stoppen!

Unter starkem Beifall der Kundgebungsbesucher formulierte Wilmers die klaren Forderungen:

- Die Unterrichtsversorgung ist nur durch die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften zu sichern!
- Die Lehrkräfte sind nicht noch mehr zu belasten!
- Die Klassen müssen endlich kleiner werden! 30 - 34 Kinder in einer Schulklasse, das ist ein Skandal und nicht länger hinnehmbar!
- Die geplante Demontage der Gesamtschulen darf nicht realisiert werden! Dazu fordern wir:
 1. Alle Gesamtschulen sind als Ganztagschulen zu führen!
 2. Gesamtschulen dürfen auch drei- oder vierzünftig sein. Über die Mindestzügigkeit entscheidet der Schulträger im Einvernehmen mit der Schule.
 3. Die Schulzeitverkürzung wird an den integrierten Gesamtschulen nicht vorgenommen!

„Wir, die GEW-Schaumburg und die Initiative „Keine Demontage der Gesamtschulen“ rufen die Landesregierung auf, das „Notstandspaket“ für die Schulen und die geplante Demontage der Gesamtschulen nicht umzusetzen“, rief Richard Wilmers unter großem Beifall aus.

